

Letland

Karlis Bukovskis*

In Abstimmung mit seinen engsten Partnern hat Lettland im vergangenen Jahr zwei zentrale Aspekte seiner Außenpolitik umsetzen: Die Bewahrung von Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus im internationalen System sowie das Werben für die außen- und innenpolitischen Errungenschaften des modernen Lettlands.

Innenpolitisch stellten die seit Frühjahr 2020 kursierende Covid-19-Pandemie und die wirtschaftlichen Folgen der Beschränkungen zur Pandemieeindämmung das Gesundheitssystem und die Regierung auf die Probe. Lettland führte großflächig Virustests und das umfangreichste Massenrückführungsprogramm seiner Geschichte durch. Die frühzeitige Einführung strenger Einschränkungen am 10. März 2020 und das disziplinierte Verhalten der Gesellschaft hielten die Fallzahlen mit 1.100 Infizierten und die Zahl der Todesfälle mit 30 innerhalb von drei Monaten relativ gering. Die Pandemie war ein effizienter Test für die lettischen Institutionen und Entscheidungsstrukturen sowie deren Schwachstellen. Seit 2014 hat das Land seine militärischen und zivilen Verteidigungskapazitäten intensiv ausgebaut, deren Leistungsfähigkeit durch die globale Pandemie auf die Probe gestellt wurde. Diese Leistung wird jedoch international höchstwahrscheinlich unbemerkt bleiben.

Zudem sind drei Strukturereformen hervorzuheben. Erstens die Kommunalreform, die die Zahl der Regionen ab Juli 2021 von 119 auf 42 reduziert. Die Reform traf zwar nicht überall auf politische Zustimmung. Trotzdem werden ihre Ziele – Verkleinerung und Effizienzsteigerung des Staatsapparats sowie Festigung der Infrastruktur und wirtschaftlichen Ressourcen – für die Modernisierung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des nach drei Jahrzehnten der Abwanderung schwer belasteten Landes als notwendig erachtet. Die zweite Strukturreform sollte eine Listung als Geldwäsche und Steuerhinterziehung unterstützendes Land durch den Expertenausschuss des Europarates zur Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung „MONEYVAL“ und der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (Financial Action Task Force, FATF) verhindern. Lettland kann nun weiterhin sanktionsfrei das internationale Finanzsystem nutzen. Die dritte Strukturreform war die Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im Januar 2020: Künftig erlangen in Lettland geborene Kinder, sofern sie keine andere Staatsbürgerschaft besitzen, automatisch die lettische Staatsbürgerschaft. Neugeborene erhalten somit nicht mehr den Status der „Nicht-Staatsbürgerschaft“, den jedoch weiterhin rund 210.000 in Lettland lebende Personen besitzen.

Außenpolitisch arbeitete Lettland an Ausbau und Konsolidierung der Zusammenarbeit mit den EU- und NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere mit den USA und Kanada. Die Verbesserung ziviler und militärischer Verteidigungskapazitäten für den Fall hybrider oder anderweitiger Sicherheitsbedrohungen ist für Lettland seit der Zunahme der geopolitischen und militärischen Ambitionen der Russischen Föderation eine Priorität. Die militärischen und politischen Beziehungen zu den USA sind für Lettland weiterhin essenziell, aktuelle politische Divergenzen zwischen den USA und der EU stellen für Lettland und

* Übersetzt aus dem Englischen von Benedict Heidgen und Jana Schubert.

die beiden anderen baltischen Staaten eine delikate Situation dar. In vielen Fragen unterstützt Lettland die Aufrechterhaltung der transatlantischen Beziehungen und die Bindung der USA an Europa, beispielsweise hinsichtlich der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) und der strategischen Autonomie der EU. Die USA werden als durchsetzungsstark gegenüber den militärischen Kapazitäten Russlands gesehen, während sich europäische Strukturen noch im Aufbau befinden. Lettland unterstützt jedoch die Verstärkung europäischer Kapazitäten zur Abwehr von Cyber- und hybriden Bedrohungen sowie zur Förderung der Fähigkeiten militärischer Mobilität.

Lettland bleibt ein entschiedener Befürworter einer vertieften europäischen Integration. Es unterstützt die Konferenz zur Zukunft Europas, warnt jedoch vor zu großen Ambitionen. Die Stärkung des Binnenmarktes und dessen Digitalisierung sind für Lettland ein zentrales Anliegen. Seit den Parlamentswahlen 2018 zeigt sich eine tendenzielle Befürwortung des intergouvernementalen Ansatzes europäischer Integration. Die konkrete Positionierung hinsichtlich der Ausweitung von EU-Kompetenzen in den Politikbereichen basiert auf Einzelfallbewertungen statt auf einer allgemeinen Unterstützung bedingungsloser Vertiefung. Lettland unterstützt das „Alle-Minus-Einem“-Prinzip bei der Entscheidungsfindung im Rat zur Überwindung von Blockaden sowie die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion zur Verringerung sozioökonomischer Disparitäten in der EU.

Angesichts der aktuellen Verfassung des internationalen Systems und der westlichen Staaten plädiert Lettland für die Erhaltung des regelbasierten multilateralen globalen Systems sowie bestehender Beziehungen und Strukturen. Das gilt auch für die transatlantischen Beziehungen und den britischen EU-Austritt. Nach Ansicht Lettlands muss der Austritt nur formell erfolgen. Die Beziehungen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Arbeit, jedoch insbesondere in Sicherheitsfragen müssen bestehen bleiben: Zentral ist der Verbleib britischer Streitkräfte im Baltikum und ein fortwährendes britisches Engagement in der transatlantischen, europäischen und baltischen Sicherheitsstruktur.

Der britische EU-Austritt und die daher ausbleibenden Beitragszahlungen in den EU-Haushalt schaden Lettland, dessen Wirtschaft weiterhin stark von EU-Kohäsionsmitteln abhängt. Diese tragen laut Schätzungen zu fast zwei Prozent des jährlichen Wirtschaftswachstums bei. Daher gehören die Kohäsionspolitik sowie die Mittel der Gemeinsamen Agrarpolitik zu den lettischen Prioritäten bei den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Jedoch hat sich die lettische Position in den Verhandlungen verändert: Erstens bei der Unterstützung von Investitionen in große Infrastrukturprojekte, wie der sich im Bau befindlichen Eisenbahnverbindung Rail Baltica. Zweitens die Bereitschaft, mehr in den EU-Haushalt einzuzahlen, obwohl das Land immer noch Nettoempfänger ist. Drittens – und am bedeutungsvollsten – die zunehmende Betonung der Bedeutung der Programme InvestEU und Horizont Europa, inklusive einer stärkeren Beteiligung der lettischen Wissenschaftler. Lettland versucht, die Produktivität seiner Wirtschaft zu steigern und Investitionen anzuziehen, da es im Jahr 2020 immer noch auf dem Niveau des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von nur 69 Prozent des EU-Durchschnitts liegt.

Insgesamt sind die politischen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Leistungen Lettlands der letzten 30 Jahre bemerkenswert. Auf dieser Grundlage strebt das Land nach größerer internationaler Anerkennung für seine Leistungen, um negativen Stereotypen und Fehlinformationen entgegenzuwirken. Daher bewirbt sich Lettland um eine nicht-ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für 2025-2026.

Weiterführende Literatur

Andris Spruds/Sintija Broka (Hrsg.): *Latvian Foreign and Security Policy. Yearbook 2020*, Riga 2020.